

**Prof. Dr. Ernst-Ulrich Huster**  
*Evangelische Fachhochschule RWL/  
Universität Gießen*

**Die Schere öffnet sich.  
Zur Rolle der Diakonie in einer sich polarisierenden Gesellschaft**

*Referat, gehalten am 11. Januar 2012 bei der Begleitveranstaltung zur bundesweiten Online-Diskussion  
„Zukunftsperspektive der Diakonie 2012“ in Düsseldorf (Diakonie Rheinland - Westfalen - Lippe)  
Mehr zum Online-Dialog: <http://fachinformationen.diakonie-wissen.de/debatte>*

Meine sehr verehrten Damen und Herren,  
wir erleben große gesellschaftliche Veränderungsprozesse, die sich stichwortartig wie folgt umreißen lassen und die das Wirken der Diakonie in Zukunft stark beeinflussen werden:

- Demographischer Wandel
- Auseinanderdriften der Gesellschaft in Arm und Reich
- Starker Anstieg der Bevölkerung mit Migrationshintergrund
- Veränderung der Lebensformen

Doch dabei geht es nicht nur um objektiv feststellbare Fakten, sondern auch um die Bewertung dieser Veränderungen: Schicksal oder Gestaltungsauftrag?

- Der demographische Wandel scheint gleichsam schicksalhaft die gesamte weitere soziale Entwicklung zu bestimmen.
- Die Verteilung in unserer Gesellschaft scheint zwingend die Folge des sich verschärfenden internationalen Wettbewerbs zu sein.
- Wir haben in Deutschland Erwerbsarbeit, aber die Entlohnungsbedingungen müssen so sein, dass die deutsche Wirtschaft wettbewerbsfähig bleibt – Working poor also unvermeidbarer Dauerzustand?
- Deutschland hat bald ein Facharbeiterproblem – Brauchen wir nun doch wieder Migration, aber welche?
- Was soll an die Stelle der Familie treten – die Familie, aber welche?

Sicher kann ich hier in einem Vortrag von 45 Minuten nicht alle Fragen ansprechen, aber ich will wenigstens fünf Aspekte kritisch beleuchten:

**1. Die Soziale Polarisierung in Deutschland, in Europa und in den anderen Metropolen der Weltwirtschaft ist ursächlich für die sich ständig verschärfenden Finanzkrisen – national und weltweit.**

Deutschland ist kein armes Land, mit einem Bruttoinlandsprodukt von über 30.000 € pro Einwohner und insgesamt einem Geldvermögen in Höhe von 4,5 Bill. Euro zählt Deutschland insgesamt zu den wohlhabenden Regionen auch der nördlichen Erdhalbkugel. Doch ist dieser Reichtum ungleicher verteilt denn je, gleich welchen Bewertungsmaßstab man wählt. Die Lohnquote, also der Anteil der Löhne und Gehälter an diesem Volkseinkommen betrug 1963 – also zu dem Zeitpunkt, als die Marktwirtschaft in Deutschland gerade dabei war, sozial zu

werden - gut 64 Prozent. Umverteilende Lohnpolitik erreichte, dass dieser Wert in 1970er und 1980er Jahren anstieg, auf den Spitzenwert von 73 Prozent im Jahr 1980. Danach fiel er leicht ab, mit Herstellung der deutschen Einheit nahm dieser Wert wieder zu, doch seit Beginn des ersten Jahrzehnts im neuen Jahrhundert ist die Wert erheblich gesunken und lag im Jahr 2006 bei nur noch 64,6 Prozent und damit nur wenig höher als zu Beginn der 1960er Jahre. Als Folge der Gewinneinbrüche im Rahmen der Finanzkrise ist dieser Anteil rechnerisch im Jahr 2009 wieder gestiegen, fällt aber schon im Jahr 2010 wieder auf ca. 66 Prozent. Dieses hat zwei Konsequenzen. Zum einen unterschritten die Zuwächse bei den Bruttolöhnen deutlich den durch Produktivitätsfortschritte und Geldentwertung immer noch verteilungspolitisch neutralen Spielraum. Deutschland ist die einzige größere Wirtschaftsnation innerhalb der EU, deren Reallöhne seit 2000 nicht mehr gestiegen, im langfristigen Trend seit Beginn der 1990er Jahre sogar gesunken sind. Da allerdings das deutsche System der sozialen Sicherung zu knapp zwei Dritteln aus Sozialabgaben finanziert wird, diese in ihrer Höhe aber von den Bruttoeinkommen abhängen, erklären sich die Finanzierungsprobleme bei den Sozialversicherungen weder aus einem zu geringen Wirtschaftswachstum noch aus demographischen Verschiebungen, sondern vor allem daraus, dass die abhängig Beschäftigten nur weit unterproportional am allgemeinen Wohlstandszuwachs teilhaben, sei es als Folge der Arbeitslosigkeit, sei es als Folge zu niedriger Lohnzuwächse. Dieses betrifft dann auch die an die Löhne gekoppelten Finanztransfers (wie z.B. die Renten). Auf der anderen Seite steigt die Gewinnquote, die nicht oder nur eingeschränkt an der Finanzierung des Sozialstaates beteiligt ist.

Das heißt: Deutschland hat seine internationale Wettbewerbsfähigkeit durch eine Kaufkraftminderung ‚erkauft‘ – durch niedrige Lohnabschlüsse und daraus abgeleitete niedrigere Anpassungen der Lohnersatzleistungen im Rahmen der Sozialen Sicherung, mit der Konsequenz, dass in der Finanzkrise Kaufkraft massiv über Staatsverschuldung kompensiert werden muss. Die Konsequenzen tragen nicht erst spätere Generationen, sondern schon die derzeitigen Sozialleistungsbezieher, denn Geld für den öffentlichen Schuldendienst steht für Soziales nicht mehr zur Verfügung.

Dieses wird verschärft durch Eingriffe im Steuersystem, von denen im Regelfall eher die Besserverdienenden profitieren, während die Bezieher niedriger Einkommen oder gar Arbeitslose nichts davon haben. Im Ergebnis zeigt die Entwicklung seit 1960 einen eindeutigen Trend. Damals lag die veranlagte Einkommenssteuer mit ca. 14 Prozent am Gesamtsteueraufkommen über der Quote der Lohnsteuer (11,8), alle Gewinnsteuern zusammen beliefen sich damals auf ca. 31,4 Prozent aller öffentlichen Steuereinnahmen. Dieses Verhältnis hat sich bis heute umgekehrt: Der Anteil der Lohnsteuer am Gesamtsteueraufkommen liegt nunmehr bei 31,4 Prozent, die Gewinnsteuern kommen gerade noch auf einen Anteil von zusammen 15,8 Prozent. Der deutsche Sozialstaat ist mehr denn je ein Lohnsteuerstaat und ein Sozialabgabenstaat, er müsste aber deutlicher ein Steuerstaat werden, der sich aus allen volkswirtschaftlichen Ressourcen speist, und ein Sozialstaat, in dem Sozialversicherungsbeiträge und Steueraufkommen in ein die Arbeit entlastendes und den Konsum und höhere Einkommen stärker belastendes Gleichgewicht kommen.

Das bedeutet: Der Sozialstaat wird immer stärker von denen finanziert, deren Anteil am Volkseinkommen schrumpft, während jene, die den Wertzuwachs weitestgehend abschöpfen, immer weniger zum Gemeinwohl beitragen, damit das bei Adam Smith formulierte Äquiva-

lenzprinzip gerade auf den Kopf stellend. Dieser hatte gefordert, dass jeder entsprechend seinem Vermögen zur Finanzierung der öffentlichen Ausgaben beizutragen habe. Und dieses hat weitreichende Folgen für den Sozialstaat: Allein am Beispiel der Gesetzlichen Rentenversicherung zeigt sich, dass sich seit 1960 zwar die Anzahl der Renten fast verfünffacht hat, der Anteil der Rentenausgaben für 1 Mio Rentner am BIP allerdings von 1960 bis 2004 von 0,72 Prozent auf 0,42 Prozent gesunken ist: Das heißt: Der Zuwachs an Rentnern (Vorzeitige Verrentung, längerer Rentenbezug) wird von den Rentnern selber finanziert. Ähnliche Effekte lassen sich für die GKV nachweisen. Angesichts der Zusammensetzung des steuerfinanzierten Bundeszuschusses etwa zur Rentenversicherung und nun auch zur GKV wird dieses noch mal unterstrichen: Auch dieser wird überproportional von den Lohn- und Verbrauchsteuern finanziert, damit von den Teilen der Bevölkerung im unteren und mittleren Einkommensbereich.

Deutschland weist innerhalb der Länder der Europäischen Union eine moderate Staatsquote auf. Abgesehen von den Spitzenwerten der skandinavischen Länder Dänemark und Schweden liegen auch Belgien, Frankreich, Italien und Österreich deutlich darüber. Mit der Steuerquote von 23 Prozent des BIP liegt Deutschland nahe der der USA und unter der von Großbritannien. Somit besteht ein deutlicher Spielraum für eine stärkere steuerliche Heranziehung der höheren Einkommen und unternehmerischen Gewinne zur Entlastung der Sozialversicherungsbeiträge, von einer zu hohen Staatsquote zumindest kann nicht die Rede sein.

Denn das Problem nicht nur unserer Volkswirtschaft ist: Wir haben nicht den Raum für Realinvestitionen, um die erheblichen Kapitalmassen auf Seiten der Gewinne und hohen Einkommen entsprechend anlegen zu können. Hinzu treten enorme Kapitalmassen im Bereich der privaten Altersvorsorge, die nach einer rentierlichen Anlageform suchen. Was aber machen die Kapitalsammelgesellschaften, wenn für Realinvestitionen national und weltweit nicht genügend Raum ist – was in den Jahrzehnten nach dem 2. Weltkrieg kein Problem darstellte? Sie bauen eine spekulative Luftblase nach der anderen auf. Täglich hören wir von Anlageformen, von denen selbst Experten häufig nicht wussten, dass es diese nicht gibt. Und diese Kapitalmassen suchen sich willige Abnehmer – etwa kapitalhungrige Staaten, die sich ihren Finanzbedarf nicht beim Bürger direkt abholen, abholen wollen, sondern es auf dem Kreditwege machen. Der Ökonom Flassbeck hat zu Recht gefragt: Wer soll denn dieses überschüssige Kapital in Zukunft aufnehmen, wenn die Staaten tatsächlich auf die Schuldenbremse treten. Es ist nicht auszudenken, welche waghalsigen Manöver auf den Finanzmärkten dann geschehen.

**Meine Gegenforderung ist: Wir brauchen dringend eine Korrektur in den gesamtgesellschaftlichen Verteilungsabläufen national und supranational. Die waghalsige scherenhafte Entwicklung zwischen einer wachsenden öffentlichen Armut und einem steigenden privaten Reichtum muss gestoppt werden. Deshalb müssen Gewinne und Einkommen, die nicht real investiert, sondern spekulativ angelegt werden, stärker steuerlich herangezogen werden. Und dieses betrifft zum anderen auch die steuerliche Heranziehung des Konsums bei gleichzeitiger Entlastung der Arbeit von Steuern und Sozialabgaben. In Skandinavien beispielsweise sind die Mehrwertsteuersätze wesentlich höher als in Deutschland, dafür aber die Sozialversicherungsbeiträge erheblich niedriger. Deutschland hat immer noch einen relativ niedrigen Mehrwertsteuersatz. Mit einer derartigen**

**Lösung wären auch die Rentner bei einer länger werdenden Rentenbezugsdauer an der Finanzierung ihrer Renten weiter mit beteiligt. Es kann keinen gemeinsamen Euro geben, wenn nicht an diesen Stellen einvernehmliche Lösungen innerhalb der Euro-Zone geschaffen werden. Es werden Milliarden in Schutzschirme investiert, aber für die Finanzierung des Sozialstaates ist kein Geld da.**

## **2. Die Soziale Polarisierung in Deutschland verschärft die Lebenslage gerade im unteren Bereich der Gesellschaft**

Die Verteilung der Einkommen in Deutschland ist zwar egalitärer als etwa in den USA, aber ungleicher als etwa in den Niederlanden und in Dänemark. Der Ungleichheitsmesser Gini-Koeffizient hat sich in Deutschland seit der Jahrhundertwende allerdings deutlich verschärft. Die Vermögen sind doppelt so ungleich verteilt wie die Einkommen der privaten Haushalte. Die oberen 10 Prozent der Einkommensbezieher besitzen mehr als 60 Prozent dieses Geldvermögens. Das zweite bis fünfte Zehntel verfügt lediglich über 1,6 Prozent der Geldvermögenswerte, das unterste, ärmste Zehntel hat nur Schulden, diese belaufen sich in ihrer Höhe insgesamt auf knapp 2 Prozent aller Geldvermögenswerte. Folglich fallen auch die Erträge aus Vermögen vor allem den höheren Einkommensbeziehern zu. Die Abschaffung der Vermögenssteuer hat so einen Beitrag zur weiteren Stärkung der Gewinnquote geleistet.

Die Kehrseite, Armut – gemessen an der EU-einheitlichen 60 Prozentgrenze des äquivalenzgewichteten Haushaltseinkommens - oszilliert in den letzten Jahren um die 15-Prozentgrenze, in Ostdeutschland höher, in Westdeutschland etwas niedriger liegend. Deutlich zugenommen hat das unterste Segment in dieser Armutsgruppe. Gehörten Mitte der 1980er Jahre ca. 6,3 Prozent der Personen in Privathaushalten zur Gruppe derer, deren bedarfsgewichtetes Haushaltsnettoeinkommen weniger als 50 Prozent des nationalen Durchschnitts (Median) betrug, so hat sich deren Anteil inzwischen fast verdoppelt (11,4 Prozent). Besonders Kinder, Alleinerziehende, Arbeitslose und Ausländer sind von Armut betroffen. Aktuelle Daten zeigen überdies, dass nunmehr auch Ältere deutlich stärker vom Armutsrisiko bedroht sind. Als besondere Risikogruppe werden daneben vor allem 1-Personenhaushalte der unter 30-jährigen identifiziert, Ausdruck letztlich von Schwierigkeiten, nach der schulischen eine berufliche Ausbildung anzuschließen und nach der beruflichen Ausbildung den Berufseinstieg zu schaffen. Haushalte mit Kindern, vor allem die der Alleinerziehenden haben immer noch ein besonders hohes Armutsrisiko.

Die deutsche Politik hat diese Personengruppen zu wenig im Blickfeld, sie konzentriert sich seit Jahren vor allem auf die leicht in den Arbeitsmarkt Vermittelbaren, während – so auch die Kritik der Europäischen Kommission – zu wenig Anstrengungen unternommen werden, Personen in Beschäftigung zu bringen, die jetzt und in absehbarer Zeit keine Chancen haben, in den Arbeitsmarkt integriert zu werden. Kindergelderhöhungen, die auf die bestehenden Leistungen der Mindestsicherung angerechnet werden, Bezieher höherer Einkommen – erst recht auf Grund der daran gekoppelten Steuerfreibeträge - noch zusätzlich entlasten, leisten nicht nur keinen Beitrag zur Bekämpfung von Kinderarmut, sie verschärfen sie vielmehr noch. Kinder aus sozial schwierigeren Lebenslagen, zumal solche von alleinerziehenden Eltern und mit Migrationshintergrund benötigen vor allem qualifizierte familienergänzende Dienstleis-

tungen im Rahmen der Kinder- und Jugendhilfe. Geld, den wohlhabenderen Mittelschichten zugeteilt, steht dann dafür nicht zur Verfügung.

Armut wird zunehmend „sozial“ vererbt, um mit dem französischen Soziologen Pierre Bourdieu zu sprechen: Denn Armut schafft nicht nur jeweils aktuelle Einschränkungen der Lebenslage, sondern verengt persönliche und soziale Perspektiven. Schon Kleinkinder werden in Kindertagesstätten, in die sie meist verspätet kommen, isoliert. Kinder aus soziale schwachen Milieus werden meist zum Schulbeginn zurückgestellt, wiederholen schon in der Grundschule häufiger eine Klasse und bekommen insgesamt schlechtere Noten – selbst im Religionsunterricht: Am Ende der Grundschule steht fest, wer wohin gehört! Und das Schlimme ist: Diese Kinder wissen es! Und dann sollen Familienhilfe, Jugendhilfe und andere Fördermaßnahmen dagegen etwas unternehmen können? Ein Land, das sich um große Teile der nachwachsenden Generation nicht kümmert, deren Lebenschancen nicht realisiert, hat kein Recht darüber zu klagen, dass wir zu wenige Kinder bekommen! Aber der nächste Hammer folgt: Dann holen wir uns eben Lehrlinge aus Tschechien oder der Slowakei – aber um die mit schlechteren sozialen Startchancen kümmern wir uns nicht!

**Meine Kirchengemeinde hat für drei Jahre die komplette Patenschaft für einen Jugendlichen in einer Ev. Jugendwerkstatt übernommen – ca. 50.000 € in drei Jahren! Schirmherr dieser Jugendwerkstatt ist u.a. der Ministerpräsident eines Bundeslandes. Als der Justizminister des entsprechenden Bundeslandes diese Jugendwerkstatt besuchte und natürlich voll des Lobes war – wie auch die ehemalige Bundesfamilienministerin bezogen auf die „Tafeln“ – hat ihm der Vorsitzende des Trägervereins vorgerechnet, was es kosten würde, wenn ein derartiger Jugendliche keine Ausbildung in dieser Werkstatt erhalten würde: Jugenddelinquenz, Erzieherische Maßnahmen, Jugendhaft – und dann: berufliche Ausbildung im Knast. Na, kann man das nicht billiger haben? Und vor allem menschlicher?**

### **3. Die demographische Entwicklung entlastet die Verteilungslage und verschärft sie nicht!**

Seit Ende der 1970er Jahre kommt der Frage nach dem demographischen Wandel im Kontext der Sozialstaatsdiskussion eine immer größere Bedeutung zu. In der Tat verschieben sich – aber bereits seit Beginn des 20. Jahrhunderts – die Bevölkerungsanteile von Jung und Alt, im Übergang zum nächsten Jahrzehnt in diesem Jahrhundert beginnt eine nachhaltige Veränderung im Verhältnis von Jungen und Alten. Neueste Prognosen erwarten etwa im Jahr 2060 eine Relation zwischen den Erwerbstätigen und den über 65-jährigen von 1,7 : 1. Diese Verschiebungen haben selbstverständlich Auswirkungen auf den Sozialstaat und die Arbeit der Diakonie. Der Sozialstaat insgesamt ist betroffen, weil die Finanzierung etwa von Kindern und Jugendlichen aus anderen finanziellen Quellen erfolgt (Familie, Kommune, Land und Bund) als die der Rentner (zentrale Fonds) einschließlich der Pflegebedürftigen (zentrale Fonds, ergänzend Familie und Kommune) und der Kranken (hohe Belastung durch ältere Mitbürgerinnen und Mitbürger v.a. über zentrale Fonds, daneben private Haushalte). Entlastungen etwa im Bereich Kinder und Jugendliche stärken in toto also nicht die zentralen Fonds, zumindest nicht bei Aufrechterhaltung der derzeitigen Finanzierungsmodalitäten, sondern eher die privaten Haushalte, Kommunen und die Länder.

Doch zu einer Dramatisierung der Ausgabenseite besteht gleichwohl zumindest derzeit keine Veranlassung. Nimmt man das aktuelle Bruttoinlandsprodukt in Höhe von ca. 2,5 Bill. Euro und teilt dieses durch die derzeitige Wohnbevölkerung von ca. 82 Mio Personen, so erwirtschaften wir in Deutschland derzeit 30.487 € pro Person. Unterstellt man in der Zukunft realistischer Weise ein Wirtschaftswachstum von nur einem Euro und unterstellt man, dass die Bevölkerung mindestens um eine Person abnimmt, dann wird Pro Kopf ein größerer Betrag erwirtschaftet, der verteilt werden kann. Dies gilt natürlich erst Recht, wenn ein höheres Wirtschaftswachstum generiert wird und die Bevölkerung weiter wie bisher abnimmt. Die demographische Veränderung – Abnahme der Bevölkerung - entspannt also die Verteilungslage. Allerdings muss darüber nachgedacht werden, wie der reale volkswirtschaftliche Wertzuwachs auch sozial gerechter in die Lösung sozialer Probleme einbezogen werden kann.

Die Finanzierungsprobleme der Sozialen Sicherungssysteme haben aktuell – ich wiederhole - weniger mit dem demographischen Wandel zu tun, sondern vor allem mit der hohen Massenarbeitslosigkeit seit dem Übergang in die 1980er Jahre. Die Zahl der registrierten Arbeitslosen gibt das Gesamtbild nur unzureichend wieder. Dabei werden für die Arbeitslosen sowohl von der Arbeitslosenversicherung (SGB III) als auch vom Steuerzahler (SGB II) anteilige Beiträge an die Sozialversicherung abgeführt; dieses betrifft auch den Personenkreis, der sich in Maßnahmen der Aus- und Fortbildung bzw. Umschulung befindet bzw. sich in sog. Beschäftigungsmaßnahmen befindet („Ein-Euro-Jobber“). Allerdings werden hier Leistungen seitens der Agentur für Arbeit getätigt, die die aktuelle Leistungshöhe zum Maßstab nehmen, nicht das zu Grunde liegende Bruttoeinkommen, soweit vorhanden. Nicht mitgerechnet ist allerdings die sog. Stille Reserve (aktuell auf ca. 1 Mio. geschätzt), in der sich Personen befinden, die Arbeit suchen, allerdings auf Grund der Tatsache, dass sie keine Ansprüche auf Leistungen der Arbeitsagentur haben, sich auch nicht registrieren lassen. Diese Personen würden gerne Eigenbeiträge leisten, verbleiben so aber in der Familienversicherung. Hinzu kommen zahlreiche Personen in Warteschleifen des Bildungssystems – vor allem Jugendliche und junge Erwachsene. Und schließlich bleibt über den Bereich der sog. „Aufstocker“ hinaus ein erheblicher Teil an Beschäftigten, die in Teilzeit bzw. im Niedriglohnbereich verbleiben, ohne ergänzende Leistungen der Agentur für Arbeit in Anspruch zu nehmen, damit aber ebenfalls einen geringeren Beitrag für das Sozialleistungssystem leisten als dieses unter Bedingungen einer höheren Beschäftigung möglich wäre.

**Die Demographie gefährdet nicht den Sozialstaat, sondern die ungerechte soziale Verteilung! Deshalb ist eine Neuordnung der Verteilungsmechanismen in unserer Gesellschaft unabdingbar. Dieses muss insgesamt eine Verlagerung von den Sozialabgaben hin zu Steuern, und bei diesen von den indirekten zu den direkten einkommensabhängigen bedeuten. Der Trend, dass in Deutschland immer weniger sozialversicherungspflichtig Erwerbstätige den Sozialstaat finanzieren müssen, muss gestoppt werden. Damit würde zudem die internationale Wettbewerbsfähigkeit gestärkt.**

#### **4. Der vorhandene Wohlstand reicht aus, um die qualitativen Folgen des demographischen Wandels aufzufangen.**

Es wäre wenig sinnvoll zu behaupten, dass der demographische Wandel keine Auswirkungen auf den Sozialstaat hat. Natürlich hat die Demographie große Auswirkungen auf die Angebote

bzw. Nachfrage nach sozialen Dienstleistungen. Auch wenn derzeit trotz demographischen Wandels die Anfragen an Mittel für die Kinder- und Jugendhilfe eher zunehmen – Folge v.a. veränderter gesellschaftlicher Sozialisationsbedingungen, aber auch von privaten Fähigkeiten bzw. Defiziten bei der Erziehung von Kindern und Jugendlichen –, wird insgesamt der Bedarf an Regelangeboten für Kinder und Jugendliche abnehmen. Zunehmen wird hingegen der Bedarf einmal an sozialer Netzwerkarbeit sowohl im Kinder- und Jugendbereich, vor allem aber im Bereich der Altenhilfe, im Gesundheitswesen und bei der Pflege. Doch im Bereich der Altenhilfe wird es zum einen erheblichen Zuwachs an Selbsthilfeansätzen geben – die älteren Mitbewohnerinnen und Mitbewohner können länger für sich selber und andere sorgen –, zum anderen aber steigt der Bedarf auch an professioneller Hilfe an, sei es aktivierender, sei es betreuender, sei es pflegerischer Art.

Diese Dienstleistungen kosten Geld, das in der Trias von zentralen Fonds, öffentlichen und privaten Haushalten aufgebracht werden muss. Das heißt insgesamt verschieben sich die Qualitäten der erforderlichen Dienstleistungen, auch von ihren sozialetischen Standards her. Doch dabei sind wir wieder bei der Verteilungsfrage: Reichen die derzeitigen Einnahmen im Bereich der zentralen Fonds für Gesundheits- und Pflegeleistungen aus? Reichen die Renten für entsprechende Zuzahlungen? Dieses macht eine starke Umsteuerung der Finanzierungsströme im Sozialstaat notwendig – beginnend allerdings schon vorher bei der Lohnpolitik. Ich warne nachhaltig vor Plänen, hier weitere private Pflichtansparungen vorzunehmen – diese Fonds sind eine der Quellen der aktuellen Finanzkrise. Nein, die privaten Haushalte müssen Einkommen bekommen, von denen der Staat sich direkt oder indirekt die Finanzmittel holen kann, die benötigt werden, um den Generationenvertrag auch in Zukunft stabil zu halten.

**Und dabei kommt den Anbietern sozialer Dienstleistungen eine wichtige Funktion zu: Neben monetäre Leistungen treten immer mehr soziale Dienstleistungen: der Arbeitsmarkt mit seinen Beratungs- und Vermittlungserfordernissen gerade auch für soziale Gruppen mit besonderen Problemen, der Gesundheits- und Pflegebereich sowie die Dienste zur besseren Vereinbarkeit von Beruf und Familie u.a.m. Es ist der politischen Diskussion gelungen, Fragen der Reduktion der Mittel für soziale Dienstleistungen überhaupt nicht mehr als ein materielles Umverteilungsproblem der Gesellschaft zu diskutieren, sondern als nicht hinterfragbaren Nebeneffekt globaler bzw. europäischer ökonomischer Entwicklungen erscheinen zu lassen. Damit aber geht etwas verloren, was bislang soziale Dienstleistung trug, nämlich die ethische Dimension. Wer wenn nicht soziale, und im Falle der Diakonie der christlich motivierte Dienstleister sind denn die Frühwarnsysteme dafür, wie sich diese europäischen und darüber hinaus weltweiten Verschiebungen lokal und regional sozial segregierend niederschlagen? Wer wenn nicht christliche Leistungsanbieter müssen die Folgen sozio-struktureller Veränderungen in unserer Gesellschaft auffangen und zwar unter den genannten nationalen und internationalen Rahmenbedingungen? Und wer, wenn nicht diese Anbieter müssen durch Vernetzung auch über den nationalen Rahmen hinaus ihre Hilfeangebote professionalisieren und aufeinander beziehen, wollen sie nicht in bloßem Aktionismus verkommen? Die insgesamt richtige stärkere Koppelung sozialer Dienstleistungen an ein stärkeres Wirtschaftlichkeitsdenken und an Effizienzüberprüfung kann deren faktische sozialetische und damit letztlich politische Qualität aber nicht aufheben. Soziale Dienstleistung ist**

**immer politisch bezogen auf soziale Verteilungsvorgänge, deren Erfordernisse und Ergebnisse, es fragt sich nur ob bewusst oder unbewusst und es fragt sich nur in welchem Sinne! Unterlassen die Anbieter sozialer Dienstleistungen eine Reflexion dieser Zusammenhänge und beziehen sie diese in ihre Konzeptionen nicht mit ein, dann werden vor allem sie es sein, denen das angesichts immer knapper werdender finanzieller Ressourcen für diese Zwecke abzusehende Scheitern ihrer Arbeit angelastet werden wird.**

**5. Die Diakonie steht für einen fairen sozialen Ausgleich im Rahmen ihres Verständnisses von Gottes- und Menschenliebe. Sie hält nicht vordergründig an Besitzständen fest, sie ist anpassungsfähig, aber sie weiß um die Verletzlichkeit eines jeden Einzelnen, der vor allem Geschöpf ist und deshalb Hilfe, auch zur Hilfe zur Selbsthilfe braucht.**

Dort, wo ein knappes Drittel des Bruttoinlandsproduktes durch staatliche Politik umverteilt wird, sind stete Korrekturen unabdingbar, zugleich ist einsichtig, dass es hierbei nicht nur Win-win-Situationen geben kann. Soziale Rechte und daraus abgeleitete Besitzstände stehen zur Disposition, erst Recht dann, wenn sich neue Problemlagen auftun. Gleichwohl können die Folgen einer stärker europäisierten und in Teilbereichen globalisierten Ökonomie nicht sozial polarisierend zugeteilt werden, den einen in Gestalt exorbitanter Gewinne, Nachlässe beim Steuerrecht und öffentlichen direkten und vor allem indirekten Subventionen, den anderen in Gestalt sinkender Primäreinkommen, steigender Belastungen durch Sozialabgaben und privater Zuzahlungen sowie dem Streichen von Vergünstigungen. Auch ist eine Polarisierung zwischen privatem Reichtum und öffentlicher Armut nicht hinnehmbar: Die der Diakonie anbefohlenen Schutzsuchenden zumindest können sich einen armen Staat nicht leisten!

Eine Gesellschaft braucht einen stabilen Boden und ein schützendes Dach, so Ralf Dahrendorf schon in den 1960er Jahren. Eine Gesellschaft braucht soziale Differenzierung, auch soziale Hierarchien, aber dieses ist nur vertretbar auf der Grundlage eines bedarfsorientierten Mindestsicherungssystems und der Heranziehung der gesellschaftlichen Mitglieder entsprechend ihrer Leistungsfähigkeit. Doch dieses kann nicht mehr isoliert von den Kommunen, den Ländern, dem Bund aus betrachtet werden, es bedarf vielmehr einer bewussten Perspektive hin auf Europa, schon alleine deshalb, weil entgegen der allgemeinen These von einer Globalisierung der Wirtschaft zumindest die westeuropäische Wirtschaft vor allem westeuropäisch ausgerichtet ist: Im Schnitt sind 60 Prozent des jeweiligen nationalen Außenhandels der Mitgliedsländer der EU Handel innerhalb der EU. Man könnte die Analogie zur Phase nach 1871 in Deutschland ziehen: Die Entstehung des Sozialstaates in Deutschland folgte der wirtschaftlichen und währungspolitischen Einigung des zuvor zersplitterten (klein-) deutschen Wirtschaftsraumes. Doch diese politische Option muss über die Gewährleistung wirtschaftlicher und politischer Rechte hinaus auch die von sozialen Rechten als Beitrag zur Verwirklichung von Bürgerrechten zum Inhalt haben. Denn der Staatsbürgerstatus muss, wie Jürgen Habermas es formulierte, „einen Gebrauchswert haben und sich in einer Münze sozialer, ökologischer und kultureller Rechte auszahlen (...)“.

**Es wäre zu klären, wieweit derartige soziale Rechte gewährleistet werden können, aber auch wieweit sie gewährleistet werden müssen. Dies knüpft an Überlegungen innerhalb der EU an die Gewährung von Mindeststandards im System der sozialen Sicherung an.**

**Soziale Differenzierung und Hierarchisierung innerhalb einer Gesellschaft und im Verhältnis zu Nachbarstaaten wird – so meine letzte These - dann stärker sozial akzeptiert werden können, wenn diese auf der Grundlage von Mindeststandards erfolgen, die auch sozial stärker Ausgegrenzten einen menschenwürdigen Lebensstandard sichern und die sich nicht per se gegen Zuwanderer von außen abschotten. Gefordert ist eine ordnende Politik, zwischen Kommunen, Ländern, Bund und Europäischer Union.**